

Austausch mit der CSU Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Mittwoch, 17.12.2014 um 19:00 Uhr

Restaurant Il Punto

Neustädtische Kirchstraße 6, 10117 Berlin

Begrüßung

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Hasselfeldt,
sehr geehrter Herr Minister Dobrindt,
sehr geehrte Damen und Herren,
ich begrüße Sie herzlich zu unserem Austausch
heute Abend.

Ich freue mich sehr, dass Sie sich in der letzten
Sitzungswoche vor der Weihnachtspause dafür
Zeit genommen haben.

Dank für die gute Zusammenarbeit

Die Gespräche zwischen der CSU-Landesgruppe
und den Präsidien von bayme vbm und vbw sind
schon gute Tradition.

Die große Teilnehmerzahl auf beiden Seiten zeigt
den Willen zur Zusammenarbeit und das gute
Miteinander.

Ich bin überzeugt: Davon profitiert unsere Arbeit.
Davon profitiert unser schönes Bayern.

Ein Jahr Große Koalition

Fast auf den Tag genau vor einem Jahr wurde der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD unterzeichnet.

Zunächst zum Positiven: Die Große Koalition hat in ihrem ersten Jahr manches Richtige angepackt.

Erstens. Der erste ausgeglichene Bundeshaushalt seit mehr als vier Jahrzehnten ist ein gutes Signal für die Zukunfts- und Handlungsfähigkeit unseres Landes und beispielhaft für Europa.

Zweitens. Die EEG-Reform ist ein wichtiger Schritt, um den mit Milliardenbeträgen geförderten planlosen Ausbau der erneuerbaren Energien zu begrenzen und damit den drastischen Anstieg der Strompreise zu stoppen.

Auch für den Einsatz von Bayerischer Staatsregierung und CSU-Landesgruppe in

Sachen steuerliche Abschreibung bei der energetischen Sanierung danken wir Ihnen sehr.

Nur so können wir die dreiprozentige Sanierungsquote und die Klimaschutzziele einigermaßen in Angriff nehmen.

Die beste Lösung aus unserer Sicht ist das Modell „zehn mal zehn“: Zehn Prozent jährliche Abschreibung über zehn Jahre. Das wäre ein echter Anreiz.

Und falls der Ausgleich über einen Abzug von der Steuerschuld erfolgen soll, brauchen wir eine materiell gleichwertige Regelung:

Das heißt mindestens 5 Prozent Abzug über 10 Jahre. Und es darf auch nicht im Gegenzug der Handwerkerbonus gestrichen werden.

Wichtig ist auch, dass die steuerliche Förderung jetzt sehr schnell kommt – möglichst zum 1. Januar rückwirkend – weil sonst alle abwarten und bis zur Einführung kaum Aktivitäten stattfinden werden.

Drittens. Die Aufstockung der Mittel für Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur geht in die richtige Richtung.

Wie wir wissen, brauchen wir bis 2030 rund 300 Milliarden Euro allein für den Verkehr.

Die stärkere Einbeziehung von privatem Kapital und die Infrastrukturabgabe werden wichtige Beiträge dazu leisten.

Viertens. Es wurden keine Steuern erhöht. Aber jetzt muss auch endlich die heimliche Steuererhöhung, nämlich die Kalte Progression, abgeschafft werden.

Wenn das zum 1.1.2017 passiert, ist das gut – wir hätten uns aber gefreut, wenn das früher gekommen wäre.

Fünftens. Wir gehen davon aus, dass die Tarifeinheit jetzt wie im Kabinett beschlossen kommt. Das ist nicht nur für Lufthansa und Bahn richtig, weil damit die Bildung von Spartengewerkschaften – zum Beispiel bei den

Betriebsfeuerwehren oder den IT-Spezialisten –
verhindert wird

Aus aktuellen Anlass noch ein Wort zur
Erbschaftssteuer:

Nach der heutigen Entscheidung des
Bundesverfassungsgerichts sind viele Fragen
offen, wie es jetzt weitergeht.

Wir vertrauen darauf, dass der Gesetzgeber den
eingeräumten Handlungsspielraum voll
ausschöpft.

Es muss jetzt eine Lösung gefunden werden, die
langfristig gewährleistet, dass die Zukunft unserer
Familienunternehmen über die Generationen
hinweg gesichert bleibt.

Kritische Politische Entscheidungen

Meine Damen und Herren,

Einiges, was die Große Koalition in ihrem ersten
Jahr angepackt hat, war gut.

Vieles aber sehen wir von Unternehmerseite mit großer Sorge und Unzufriedenheit.

Oft hat man den Eindruck, dass sich der Wahlgewinner vom kleinen Koalitionspartner das Regieren diktieren lässt.

Die Große Koalition hat in ihrem ersten Jahr

- neue Belastungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschaffen,
- der jungen Generation noch mehr Kosten aufgebürdet,
- Fehlanreize in der Sozialpolitik gesetzt und dadurch die Soziale Marktwirtschaft in eine Schieflage gebracht,
- das Vertrauen von Unternehmern und Investoren in den Standort Deutschland geschwächt,
- und damit unserer Wettbewerbsfähigkeit geschadet.

In den vergangenen Jahren wurde viel von den „Grenzen des Wachstums“ gesprochen.

Im Bereich des Sozialen scheint das Wachstum aber grenzenlos zu sein.

Das ist unzumutbar und kann so nicht mehr weitergehen!

Dafür einige Beispiele:

Erstens. Der Mindestlohn

Im kommenden Jahr fallen laut Bundesregierung rund 3,7 Millionen Arbeitsplätze unter die Mindestlohnregelung – es könnten aber deutlich mehr sein: Das IW Köln rechnet mit 4,5 Millionen betroffenen Arbeitsplätzen.

Legt man diese Zahlen zu Grunde, erhöht sich die Bruttolohnsumme um 10 bis 16 Milliarden Euro.

Wie unsere Unternehmen diese Mehrkosten schultern sollen, bleibt offen.

Die Folge: Arbeitsplätze werden wegfallen. Laut ifo könnten es bundesweit bis zu 570.000 sein.

Das betrifft gerade die einfachere Arbeit, die wir im Land brauchen.

Angesichts der hohen Zahl der Langzeitarbeitslosen und der steigenden

Migrantenzahlen, die in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen, ist das ein völlig falsches Signal.

Dazu kommt, dass durch neue Aufzeichnungs- und Meldepflichten eine neue Bürokratiewelle auf unsere Unternehmen zurollt.

Zweitens. Überflüssige Bürokratie schafft auch die Frauenquote – die noch dazu ein weiterer Einschnitt in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit ist. Frauen brauchen Chancen, keine Quoten!

Drittens: Auch die Pläne, Werk- und Zeitarbeit noch weiter zu regulieren, sind kontraproduktiv.

Sie haben uns dabei geholfen, die Arbeitslosigkeit von 4,9 Millionen [Jahresdurchschnitt 2005] auf 2,9 Millionen [Jahresdurchschnitt 2014] abzubauen.

Und eines steht fest: Zeitarbeit qualifiziert – jedenfalls mehr, als es Arbeitslosigkeit tut.

Viertens. Das Rentenpaket – überwiegend beitragsfinanziert.

Jährliche Mehrausgaben ab 2015:
circa 10 Milliarden Euro.

Das teilt sich wie folgt auf:

- Mütterrente: 6 Milliarden Euro,
- Erwerbsminderungsrente: zwischen 0,1 und 2,1 Milliarden Euro,
- und die Rente mit 63 wird deutlich teurer als befürchtet – über 3 Milliarden Euro im Jahr.

Bei der Rente mit 63 hat man sich tatsächlich um eine Milliarde verrechnet. Das ist für mich absolut unverständlich!

Fünftens. Schon in diesem Jahr hätte der Rentenbeitrag gesenkt werden müssen. Das hat die Politik nicht getan.

Das waren 7,5 Milliarden Euro, die den Beitragszahlern eigentlich zugestanden hätten!

Jetzt sollen zwar die Beiträge zur Rentenversicherung im kommenden Jahr um 0,2 Prozentpunkte sinken.

Nur reicht das leider nicht einmal aus, um –
sechstens – die Erhöhung des Beitragssatzes zur
Pflegeversicherung von 0,3 Prozent
auszugleichen.

Das sind Mehrkosten von rund 3,5 Milliarden
Euro im Jahr.

Und ab 2017 soll der Beitrag nochmal um
0,2 Prozent steigen.

Zählt man nur diese neuen Vorhaben zusammen,
kommen im nächsten Jahr über 30 Milliarden
Euro Mehrbelastung auf uns zu.

Jetzt muss Schluss sein!

Einen generationengerechte, zukunftsgerichte
und konjunkturgerechte Politik sieht anders aus!

Wir brauchen endlich wieder mehr
Wirtschaftspolitik und weniger Sozialpolitik!

Sonst verliert der Standort Deutschland an
Wettbewerbsfähigkeit und die Konkurrenz hängt
uns ab.

Und auch in Sachen Energie brauchen wir endlich spürbare Entlastungen:

Die Strompreise sind nach wie vor zu hoch:

Die Industrie zahlt bei uns 50 Prozent mehr für Strom als in Frankreich und mehr als doppelt so viel wie in den USA.

Die EEG-Umlage verursacht Kosten von 23,6 Milliarden Euro.

Das ist ein schwerer Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland!

Unser vordringliches Ziel muss es bleiben, die Strompreise in Deutschland auf dasselbe Niveau wie in anderen Industrieländern zu bringen. Zum Beispiel durch Absenken der Stromsteuer.

Wir stehen am Scheideweg

Meine Damen und Herren,

in Deutschland war es über Jahrzehnte selbstverständlich, dass Wohlstand und

Sicherheit nicht vom Himmel fallen, sondern hart erarbeitet werden müssen.

Diese Balance scheint gegenwärtig immer mehr verloren zu gehen.

Und vor allen Dingen führt diese Politik dazu, dass die Arbeitskosten bei uns noch weiter steigen, obwohl wir damit sowieso schon an der Spitze liegen.

Das ist gerade jetzt, wo sich die Konjunktur eintrübt, brandgefährlich.

Es war die Bundesregierung, die im Oktober ihre Wachstumsprognose deutlich reduziert hat, und zwar

- auf 1,2 Prozent in diesem
- und 1,3 Prozent im kommenden Jahr.

Alle Prognosen sind derzeit von großer Unsicherheit geprägt.

Niemand kann heute mit letzter Gewissheit sagen, wie sich die Lage weiterentwickelt.

Deshalb warnen wir:

Wir stehen momentan am Scheideweg –
konjunkturell wie strukturell.

Ich gebe Volker Kauder recht, der kürzlich in
einem Interview gesagt hat: „Jetzt muss endlich
die Wirtschaft dran kommen.“

Nur: Den Worten müssen auch Taten folgen!

Wir fordern die Bundesregierung eindringlich auf,
zu den Grundprinzipien der Sozialen
Marktwirtschaft zurückzukehren.

Sonst droht uns, dass sich

- unsere Standortbedingungen sukzessive
verschlechtern,
- vorrangig im Ausland investiert wird,
- infolgedessen neue Arbeitsplätze nur noch
im Ausland entstehen
- und bei uns gerade die einfachere Arbeit
wegfällt, die wir brauchen.

Im Januar werden es zehn Jahre, dass die
zentralen Reformen der Agenda 2010 in Kraft
getreten sind.

Diesen Kurs haben wir, wie auch die CDU/CSU mitgetragen. Und mit der Agenda 2010 kam der Erfolg zurück.

Wir dürfen jetzt das Erreichte nicht verspielen – es ist für viele Unternehmen sowieso schon sehr schwer, um das, was sie teurer sind, besser zu sein.

Wir, die Unternehmer, müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit durch Qualität, Innovation, Rationalisierung, Systemkompetenz und Service täglich hart erkämpfen.

Das wird immer schwieriger.

Agenda 2020

Was jetzt notwendig ist, haben wir in unserer Agenda 2020 klar dargelegt.

Das betrifft vor allem die Bereiche

- Infrastruktur
- Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung
- Steuern
- Bildung
- Forschung und Innovation.

Wir brauchen endlich wieder wettbewerbsfähige und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen und Vertrauen in die Wirtschaftspolitik.

Dann können wir Investitionen im Land halten und außenpolitische Risiken besser abfangen.

Internationale Herausforderungen

Meine Damen und Herren,

die geopolitischen Krisen – insbesondere die Konflikte im arabischen Raum und die Russland-Krise – sind auch für die Wirtschaft große Herausforderungen.

Bertram Brossardt und ich waren Mitte November zu Gesprächen in Moskau.

Die Sanktionen zeigen Wirkung – aber auf beiden Seiten.

Deutsche Unternehmen klagen über Einbußen im Russland-Geschäft von bis zu 30 Prozent.

Die Russen orientieren sich jetzt notgedrungen in Richtung Türkei und China. Die Sanktionen zwingen sie dazu.

Doch wenn die Geschäfte einmal dort sind, kommen sie nicht mehr zu uns zurück.

Und was die Zustimmung zu Putin im Lande angeht, bewirken die Sanktionen eher das Gegenteil: Standen vor der Krise unter 60 Prozent der Russen hinter Putins Kurs, so sind es heute rund 80 Prozent.

Sicherlich ist wichtig, dass die EU gegenüber Russland mit einer Stimme spricht.

Aber wichtig ist auch, bestehende Beziehungen, die in den vergangenen 25 Jahren gewachsen sind, aufrecht zu erhalten und zu pflegen.

Hier sollte gerade Deutschland eine wichtige Vermittlerrolle einnehmen – das erwarten wir und das unterstützen wir.

Darüber hinaus ist es für uns als exportstarkes Land wichtig, auch die Beziehungen zu unserem wichtigsten Handelspartner, den USA, langfristig zu festigen.

Deshalb: TTIP muss kommen.

Dafür werden wir gemeinsam mit der Politik bei der Bevölkerung werben.

Schluss

Meine Damen und Herren,

Sie sehen: Wir haben viel Gesprächsstoff.

BDI-Präsident Grillo hat auf dem Tag der Deutschen Industrie gesagt: „Die Industrie, unsere Wirtschaft, ist die Maschine, die den Karren zieht.“

Für die bayerische Wirtschaft sage ich: Wir sind weiter dazu bereit.

Aber mit seiner wichtigsten Maschine sollte man sorgsam umgehen.

Eine verlässliche, auf Marktwirtschaft setzende Politik schafft die Voraussetzung für künftiges Wachstum und künftigen Wohlstand.

Und sie gibt den Unternehmen Vertrauen.

Erst Vertrauen macht Aufschwung auf Dauer möglich.

Dieses Vertrauen ist momentan gestört.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass es wieder entstehen kann.

In diesem Sinne wünsche ich uns jetzt einen intensiven Austausch.